

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008
– Drucksache 14/2934**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005
– Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008 – Drucksache 14/2934
– Kenntnis zu nehmen.

07. 07. 2011

Die Berichterstatterin:

Tanja Gönner

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 14/2934 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Die Berichterstatterin unterstrich, die Ökokonto-Verordnung sei nach sehr intensiver Diskussion und nach Verabschiedung im Landtag zum 1. April dieses Jahres in Kraft getreten. Insofern habe sich der Beitrag Nr. 6 aus der Denkschrift 2007 des Rechnungshofs aus ihrer Sicht erledigt. Im Übrigen entspreche die Verordnung inhaltlich weitgehend den Intentionen des Rechnungshofs.

Ein Abgeordneter der Grünen legte dar, mit der Ökokonto-Verordnung habe die alte Landesregierung unter CDU und FDP/DVP bestimmte Punkte aus der Denkschrift 2007 des Rechnungshofs erfolgreich umgesetzt. Im Plenum hätten sich alle

Fraktionen dafür ausgesprochen, die erste Ökokonto-Verordnung schnell umzusetzen, aber auch zu evaluieren, ob mit dieser Verordnung die gesetzten Ziele erreicht würden. Daher bringe die Fraktion GRÜNE folgenden Antrag ein:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

bis zum 1. April 2012 darüber zu berichten, ob sich aus den bis dahin gemachten Erfahrungen oder aufgrund neuer Erkenntnisse Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Ökokonto-Verordnung ergeben hinsichtlich

a) der Frage der Verzinsung,

b) der Frage der Dauerhaftigkeit von Eingriffen einerseits und von Ausgleichsmaßnahmen andererseits,

c) der Sicherstellung dauerhafter Kontrollen dessen, was an Ausgleichsmaßnahmen erfolgte, und

d) der Frage eines Anreizes für Entsiegelungsmaßnahmen.

Die Berichterstatterin zeigte auf, sie sehe es nicht als notwendig an, dass sich der Finanzausschuss mit diesem Antrag der Grünen beschäftige. So handle es sich dabei um inhaltliche Punkte, die den Finanzausschuss und insbesondere den ursprünglichen Denkschriftbeitrag des Rechnungshofs nicht berührten. Da der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die betreffende Frage bearbeite, wäre es völlig normal, wenn sich dieser auch mit der Evaluation inhaltlicher Punkte hierzu befassen würde.

In dem Denkschriftbeitrag von 2007 sei empfohlen worden, Anreize zu setzen. Der Beitrag habe jedoch nicht einzelne Maßnahmen beinhaltet. Sie bitte den Finanzausschuss, nicht zu versuchen, der „Oberausschuss“ für alle anderen Ausschüsse zu sein. Genau dies würde aber mit der Behandlung der Punkte, die ihr Vorredner aufgeführt habe, im Finanzausschuss geschehen.

Selbstverständlich sollte eine Evaluation stattfinden. Allerdings gebe sie aus ihrer Erfahrung heraus zu bedenken, dass es immer etwas schwierig sei, eine Maßnahme ein Jahr nach deren Inkrafttreten zu evaluieren. So sei meistens eine gewisse Dauerhaftigkeit einer Maßnahme notwendig, um erkennen zu können, inwieweit sie greife. Sie bezweifle, dass ein Jahr dafür ausreiche.

Vor diesem Hintergrund schlage sie vor, den Antrag der Grünen für erledigt zu erklären. Im Übrigen bleibe es auch den Grünen unbenommen, über parlamentarische Initiativen genau nach den Punkten zu fragen, die ihr Vorredner gerade angeführt habe.

Der Abgeordnete der Grünen wies darauf hin, die Argumente der Berichterstatterin hätten durchaus etwas für sich. Da er auch Mitglied des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sei, werde er den Antrag seiner Fraktion dort einbringen.

Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen kam der Ausschuss zu der Empfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/2934 Kenntnis zu nehmen.

13. 07. 2011

Tanja Gönner